

THÜRINGEN VOR 100 JAHREN: TUMMELPLATZ VÖLKISCHER UND FASCHISTISCHER ORGANISATIONEN UND DER NATIONALSOZIALISTISCHE ORGANISATOR FRITZ SAUCKEL

Als das Land Thüringen in den frühen 1920er-Jahren ein demokratisch-sozialistisches Reformzentrum, ein demokratisch-republikanischer Hoffnungsträger sowie ein mögliches Bollwerk gegen den Ansturm von Faschisten aus Bayern darstellte,⁵³ sahen konservative und liberale Gegner der Weimarer Republik darin nichts Anderes als ein revolutionäres, die Macht der Herrschenden erschütterndes »Schreckgespenst«.⁵⁴ Es drohe Gefahr. Der Untergang nahe. So hieß es vielfach in ihren Medien. Schließlich verhängte die Reichsregierung eine militärische Exekutive gegen Thüringen und ließ am 8. November 1923 Truppen der Reichswehr vor dem Landtag in Weimar aufmarschieren. Die demokratisch zustande gekommene und verfassungsmäßig legitimierte Koalition beider Arbeiterparteien wurde gezwungen, sich Schritt für Schritt aufzulösen. Rasch änderten sich die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten antisozialistischer und antikommunistischer Kräfte. Davon profitierten auch völkische und nationalsozialistische Organisationen, in deren Reihen es allerdings nach dem misslungenen Münchener Putsch und unter dem Druck des Verbotes der NSDAP erheblich kriselte. Innere Auseinandersetzungen aller Art dominierten, und es schien, als könnte es gelingen, dem Faschismus Einhalt zu gebieten. Doch dem verweigerten sich in Thüringen die regierenden Parteien. Ihr Bemühen galt einer »konservativen Restauration in Politik und Kultur«, in der es keinen Raum gab für eine dem damaligen Rechtsextremismus entschieden entgegentretende Regierungs- und Parlamentsarbeit.⁵⁵

In einer politisch außerordentlich aufgeheizten Atmosphäre bereiteten die bürgerlichen Parteien die für den 10. Februar 1924 angesetzte Wahl eines neuen Thüringischen Landtages vor. Zu deren Unterstützung rief der *Verband der Mitteldeutschen Industrie* seine Mitglieder auf, pro Kopf der Beleg-

⁵³ Siehe dazu in jüngster Zeit Karl Heinrich Pohl: *Sachsen 1923. Das linksrepublikanische Projekt – eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie?* Göttingen 2022; Mario Hesselbarth: *Die Arbeiterregierung in Thüringen 1923.* Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Erfurt 2023.

⁵⁴ Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945. Hrsg. von Jürgen John, Erfurt 1996, S. 29.

⁵⁵ Burkhard Stenzel: »Krach im Landtag«. Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Parlament in der Zeit der Weimarer Republik. In: *Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920–1933.* Hrsg. von Burkhard Stenzel und Klaus Jürgen Winkler, Weimar 1999, S. 25.

schaften ihrer Firmen fünf Goldmark für den Wahlkampf zu spenden, um das Bürgertum und damit die Industrie zu retten, den bürgerlichen Parteien zum Erfolg zu verhelfen, »koste es, was es koste ...« und sei es selbst »der letzte Hosenknopf«. ⁵⁶ Von Abgrenzung zu Völkischen und Faschisten fiel dabei kein Wort; sogenannte Brandmauern – um hier einen aktuellen Begriff zu verwenden – richteten sich allein gegen die Linke.

Gegen diese wurde – und auch das erlaubt einen kritischen Blick auf gegenwärtige Erscheinungen in Thüringen – kaum rational argumentiert. Es wurde eher behauptet, beschuldigt, angeklagt, entstellt, diskreditiert und maßlos übertrieben. In eindeutig rechtspopulistischer Manier erklärte der *Thüringer Ordnungsbund*, ein am 30. Dezember 1923 entstandener Zusammenschluss mehrerer bürgerlicher Parteien, der auch für geraume Zeit von der *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) unterstützt worden ist, in Thüringen würde »allgemeine Rechtsunsicherheit« herrschen und die öffentliche Sicherheit sei erheblich gestört. Alles sei furchtbar zerrüttet, darunter besonders die Finanzen und das Wirtschaftsleben, das Beamten-tum und die Schule. Auch habe das »rote Thüringen« das Reich im Ausland bloßgestellt.

Durchaus bemerkenswert: Solche »Argumente« über die sogenannte Einseitigkeit und Unfähigkeit sozialistischer Regierungstätigkeit hatte es bereits 1921 vor dem Amtsantritt der Regierung des Sozialdemokraten August Frölich gegeben. ⁵⁷ Noch hatte diese keine Reformen einleiten können. Noch war überhaupt nichts geschehen, was über Maßnahmen zum Schutz der Weimarer Republik und zu einer wohlfahrtsstaatlichen Sicherung der Lebenslage hinaus gereicht hätte. Noch hatte sich nicht einmal das durchsetzen lassen, was einst die Bourgeoisie in der großen französischen Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hatte. ⁵⁸ Da wurde von den konservativen und liberalen Gegnern der neuen Landesregierung bereits von einer »Brandfackel« gesprochen, die gegen das Bürgertum geworfen worden sei. Man sah sogar die Lebensfähigkeit Thüringens »ernstlich in

⁵⁶ Rundschreiben des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie vom 21.12.1924. In: *Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945*. Hrsg. von Jürgen John, (Hrsg.): Erfurt 1996, S. 116 f.

⁵⁷ Siehe Manfred Weißbecker: *Argumente und Attacken konservativer Abgeordneter im II. Thüringer Landtag gegen die Frölich-Regierung (1921–1923)*. In: *Rot-rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute*. Hrsg. von Manfred Weißbecker, Jena 2004, S. 29–46.

⁵⁸ Angesichts dieser frühen bürgerlichen Attacken auf die Sozialdemokratie erscheint die Aussage von Steffen Raßloff in der Thüringischen Landeszeitung vom 10.02.2024, S. 3, mehr als nur merkwürdig, dass sich die thüringische Regierung 1924 von radikalen Antisemiten abhängig gemacht habe, weil zwischen 1921 und 1924 »eine rigide sozialistische Reformpolitik« betrieben worden sei.

Frage gestellt«. ⁵⁹ Aus dieser damals (und auch später!) betriebenen anti-sozialistischen Bedrohungs- und Hasspropaganda erwuchs ein politisches Konzept, das sich sowohl gegen Demokratie und Republik richtete als auch eigener Politik erlauben sollte, sich gegen die »linke Gefahr« selbst der noch weiter rechts stehenden völkisch-rassistischen und faschistischen Kräfte bedienen zu dürfen bzw. zu müssen. Zumal man ja ohnehin mit denen in manchen Punkten auf gleicher Wellenlänge lag.

Im Wahlkampf trat der Thüringer Ordnungsbund seit Ende 1923 mit der Parole auf: »Das ganze Land kam auf den Hund, uns rettet nur der Ordnungsbund!« ⁶⁰ Eine allgemein bekannte Redewendung nutzend, sollte in durchaus klangvoller Lautmalerei suggeriert werden: Sozialisten – gleich ob Sozialdemokraten oder Kommunisten – hätten eine einseitige Klassenherrschaft errichten wollen und eine »rote Parteidiktatur« ausgeübt. Sie könnten weder vernünftig wirtschaften noch gescheit regieren. Sie würden die Bevölkerung lediglich von einem Desaster in das nächste führen. Man nahm Vernunft und Machtfähigkeit allein für sich in Anspruch. Wo die Ursachen für Inflation, Wirtschaftskrise und andere Beschränkungen des Alltags zu suchen gewesen wären, herrschte hingegen Stillschweigen.

Gewonnen wurden die Landtagswahlen am 10. Februar 1924 vom Thüringer Ordnungsbund. Das Versprechen, mit früherer »Vaterlands- und Religionslosigkeit« entschieden abrechnen zu wollen, ⁶¹ traf vor allem in den ländlichen Regionen auf Zustimmung. Ebenso hatte sich die völlig überzogene Behauptung, der »Marxismus« – gemeint waren alle proletarischen Parteien und die Gewerkschaften – sei generell nur »fähig zu zerstören, unfähig zu staatsertaltender Arbeit« ⁶², als wirksam erwiesen. Alles sah sich zudem gekoppelt mit dem gerade in Thüringen weit verbreiteten Gedankengut rassistisch-antisemitischer Prägung. Nach den Wahlen konnte dieses in Politik umgesetzt werden. Selbst eindeutig antisemitischen Aktionen stimmten die thüringischen Konservativen zu, wie die um den Präsidenten der Thüringischen Staatsbank Walter Loeb gewobene Affäre zeigt; dieser

⁵⁹ Zit. nach Manfred Overesch: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 70.

⁶⁰ Zit. nach Jochen Grass: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit. Ein Beitrag zur Landesgeschichte, Hamburg 1997, S. 104.

⁶¹ Siehe Guido Dressel: Der Thüringer Landbund – Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919–1933, Weimar 1998, S. 39.

⁶² Zwei Jahre roter Parteidiktatur in Thüringen. Materialien zur Landtagswahl zusammengestellt von der Deutschnationalen Landtagsfraktion (als Manuskript gedruckt, nur an Vertrauensmänner der Deutschnationalen Volkspartei auszuliefern), Weimar o.J., S. 5. Ähnlich auch: Der III. Landtag von Thüringen (nach dem Stande 01.01.1927). Materialien zur Landtagswahl zusammengestellt von der Deutschnationalen Landtagsfraktion, Erfurt 1927.

wurde entlassen, weil nicht nur die Völkischen der Meinung waren, man könne keinen Juden an der Spitze eines deutschen Bankinstituts dulden.⁶³ Dabei handelte es sich um einen Skandal, der bereits alle späteren rechts-extremen Argumentations- und Handlungsmuster erkennen ließ: unhaltbare Korruptionsvorwürfe, erpresserische Demagogie, gezielte Indiskretionen, Drohungen und Ähnliches mehr. Im Urteil der Nachwelt: Gespenstisch sei der Schatten von Buchenwald bereits vorweggenommen worden.⁶⁴

Der Thüringische Ordnungsbund stand zwar als Sieger der Landtagswahlen da, hatte aber nicht die absolute Mehrheit der Mandate erringen können. In dieser einem Patt zwischen den Lagern gleichenden Situation griff seine Führung gern (und nicht blindlings, wie nach 1945 oft gesagt werden sollte) nach der Hand von sieben neuen Abgeordneten. Den ersten Faschisten, die überhaupt in ein deutsches Landesparlament gelangen konnten. Ihre Namen hatten auf der Liste des *Völkisch-Sozialen Blocks* (vsvb) gestanden, einer Wahlgemeinschaft, zu der sich einige, darunter auch miteinander konkurrierende Gruppen der Völkischen und der Nationalsozialisten zusammengefunden hatten, um die im Herbst 1923 erlassenen Verbote von *Deutschvölkischen Freiheitspartei* und von NSDAP ungehindert umgehen zu können. Die neue Landesregierung, an deren Spitze mit Richard Leutheusser ein Vertreter der *Deutschen Volkspartei* (DVP) stand, zahlte bedenkenlos den Preis, den die neue Fraktion gefordert hatte: Da wurden vom III. Thüringer Landtag und von der neuen Regierung nicht nur beinahe alle Reformen ihrer Vorgänger rückgängig gemacht. Da wurden nicht nur die proletarischen Hundertschaften aufgelöst und verboten, sondern erfolgte bereits am 3. März 1924 (übrigens ohne abzuwarten, wie der in München stattfindende Prozess gegen Hitler und andere Putschisten ausgehen und wie dies im Reich gehandhabt wird) eine Aufhebung des Verbotes der völkischen und nationalsozialistischen Partei. Das galt nicht als ein braves Dankeschön für die von den vsvb-Abgeordneten gewährte Unterstützung, sondern es bedeutete das Akzeptieren der von Dinter gewünschten »völkischen Hand an der Gurgel des Parlaments«⁶⁵. Es handelte sich um einen folgenreichen Verzicht auf eigentlich erforderliche politische und

⁶³ Siehe Volker Mauersberger: *Hitler in Weimar. Der Fall einer deutschen Kulturstadt*, Berlin 1999, S. 175 ff.

⁶⁴ Hier sei gespenstisch bereits der Schatten von Buchenwald vorweggenommen worden, urteilt Mauersberger. Ebenda.

⁶⁵ Dinter hatte am 16.02.1924 in der Zeitung *Mecklenburger Warte* erklärt, dass der Völkische Block »die Hand an der Gurgel des Parlaments habe und dass jede Koalition und Konstellation nach seiner Pfeifentänzen müsse.« Zit. nach der von Walther Graef (Anklam) verfassten DNVP-Flugschrift Nr. 150 »Völkische Mittelpartei oder deutschnationale Rechtspartei?«, S. 11.

geistige Auseinandersetzung mit krudem nationalistisch-rassistischen Gedankengut. Denn ohne jede Debatte sowie ohne jedes Anzeichen von Skrupeln fügte man sich bei der Regierungsbildung der völkischen Forderung, es dürfen in die neue Regierung nur »rein arische Männer« aufgenommen werden,⁶⁶ was nicht zuletzt die Deutsche Demokratische Partei (DDP) – obwohl dem Thüringer Ordnungsbund zugehörig – ausschloss und ein sogenanntes Kabinett der Fachleute erzwang.

Gegen »Fremdherrschaft«, »Marxismus« und »Judentum«

In welchem Geist die thüringischen Konservativen sich nach ihrem Wahlerfolg ans Werk machten, verriet auch ein Wahlauftritt der DNVP für die Wahlen zum neuen Reichstag, die für den 4. Mai 1924 angesetzt worden waren. In ihm hieß es, man wolle endlich frei sein von »äußerer Fremdherrschaft«, frei vom Marxismus und »frei von dem mit dem Marxismus allzeit verbündeten Judentum!«. Der Aufruf betonte, »Deutschnationale sein heißt deutschvölkisch sein«, und schloss mit der Parole »ein Volk, ein Reich, ein Kaiser«.⁶⁷ Auf solcher Grundlage und in weitgehender Übereinstimmung mit den auf diese Weise geförderten faschistischen Kräften gelang ein erheblicher Kurswechsel in der Landespolitik. Konservative und antirepublikanische Kräfte setzten »eine massive Gegenreaktion«⁶⁸ zu den demokratischen Entwicklungen in den ersten Nachkriegsjahren durch.⁶⁹

Dies bot vor allem den in Thüringen wirkenden nationalistischen, deutschvölkischen und faschistischen Kräften einen außerordentlich günstigen Nährboden. Während im Reich nur 6,5 Prozent der Wähler für sie votierten, gaben ihnen hier 9,9 Prozent ihre Stimme. Ungefährdet blieb der

⁶⁶ Siehe Donald R. Tracey: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hrsg. von Detlev Heiden und Gunther Mai, Weimar u. a. 1995, S. 53.

⁶⁷ Führer durch den Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg vom 30. März bis 2. April 1924, Berlin 1924, S. 13 f.

⁶⁸ Jürgen John: Einleitung zu Quellen zur Geschichte Thüringens. 75 Jahre Freistaat Thüringen. Verfassungen und Gesetze 1920–1995. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, Erfurt 1995, S. 11.

⁶⁹ Die Rechtfertigung und das auch in der Literatur anzutreffende Argument, diese »Gegenreaktion« sei eine verständliche Antwort auf Novemberrevolution und die Gefahr einer »Bolschewisierung« des Landes gewesen, vermag nicht zu überzeugen. In Thüringen hatte es keine der Bayerischen Räterepublik vom Frühjahr 1919 vergleichbare Erscheinung gegeben und auch keine militärischen Auseinandersetzungen wie in Berlin und im Ruhrgebiet, wenn man von der historisch völlig gerechtfertigten Abwehr des Kapp-Putsches absieht. Der Antikommunismus diente in erster Linie als Vehikel im Kampf gegen die Weimarer Republik, die demokratische Verfassung und die mehrheitlich von der Sozialdemokratie geführte Arbeiterbewegung.

Spielraum für einen generellen Neubeginn – inhaltlich, taktisch, organisatorisch sowie personell. Was für sie nach dem Scheitern des Münchener Putsches erforderlich zu sein schien, war dank der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen auch möglich: Gesucht wurde nach zeitgemäßen, an den Parlamentarismus angepassten, diesen aber zugleich aushebelnden Auswegen⁷⁰ aus eigenen politisch-taktischen Wirren sowie aus den lebhaft betriebenen Streitereien um begehrte Führungspositionen. Zugleich wollte man heraus aus der diversen Vielfalt der von Verboten betroffenen Organisationen und zahlreich neu geschaffener Ersatzformationen. Da wurde gegen »Mischmaschparteien« gewettert, ebenso gegen »kindisches Splitterrichtertum«, gegen das »Streiten um die Frage, wer denn den einzig echten Ring völkischer Gesinnung im Besitz habe«. Und bemängelt wurde das »Überhandnehmen persönlichen Gezänkes«, der »Mangel an Unterordnungsvermögen« sowie »die Sucht jedes dritten Gernegroß, selbst Führer sein zu wollen«. Damit hätten sich leider in den völkischen Kreisen »demokratisierende Tendenzen« verbreitet, die dadurch auf ein »unfruchtbares Geleise« »geschoben« worden seien.⁷¹

Alles kulminierte in der Frage nach Notwendigkeit und Charakter einer neuen Rechtspartei, unter deren Hut eine große Zahl von Mitgliedern und Wählern besonders aus den Reihen der Arbeiterschaft versammelt werden könnte. Sollte es eine neue »deutschnationale Rechtspartei«, eine »völkische Mittelpartei«, eine »überparteiliche Bewegung« oder eine »nationalsozialistische« sein?

Thüringen erwies sich als ein Gebiet, das für die letztere Variante gute Voraussetzungen bot. Die hier agierenden politischen Parteien standen einander in zwei »Lagern« gegenüber – auf der einen Seite die beiden Arbeiterparteien, die indessen kaum noch zu gemeinsamen Aktionen fähig waren, und auf der anderen Seite sowohl die Parteien der sogenannten Mitte als auch die ausgesprochen rechts orientierten Parteien. Völkische Kreise und die NSDAP konnten sich hier – anders als z. B. in Sachsen⁷² – auf

⁷⁰ Die in Frankfurt am Main existierende NSDAP-Ersatzorganisation Deutsche Partei erklärte am 01.01.1924 in ihrem Gründungsaufruf: »Der Weg, den wir zu gehen haben, ist hart und schwer. Putsche, Gewalt usw. sind zu verwerfen. Wer den Gegner erkannt hat, muss ihn mit seiner eigenen Kraft schlagen. Diese Waffe ist heute das Parlament. Tod dem Parlament – durch das Parlament!«. Zit. Nach Walther Graef, a. a. O., S. 14.

⁷¹ Walther Graef, a. a. O. S. 9.

⁷² Karsten Rudolph: Nationalsozialisten in Ministersesseln. Die Machtübernahme der NSDAP und die Länder 1929–1933. In: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995. Hrsg. von Christian Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod, Berlin 1995, S. 251.

das antisemitische und antisozialistische Ressentiment größerer Teile des Bürgertums und der Agrarverbände stützen. Zudem übte ein völkisches Netzwerk von Literaten wie Adolf Bartels u. a. m. starken Einfluss aus. Bei vielen Intellektuellen dominierte ein ausgeprägt nationalistisches Klassik-Verständnis, als Teil einer radikal betriebenen Kulturrevolution von rechts. Sie präsentierte sich zwar nicht direkt als faschistisch, trug jedoch erheblich dazu bei, dass faschistischer Ungeist sich ständig ausbreitete und dass sich nazistische Organisationen stabilisieren konnten.⁷³ Deren Schwächen, erkennbar in drastisch ausgetragenen Streitereien, wurden mehr oder weniger bewusst übersehen, kaum erkannt und erst recht nicht für eine Stärkung demokratisch-republikanischer Positionen genutzt. Im Gegenteil: Mitte der 1920er-Jahre spielten Antisozialismus und Antikommunismus, zusammengefasst als Anti-»Marxismus« sowie der völkische Antisemitismus eine hilfreiche Rolle als Förderer und Wegbereiter für den deutschen Faschismus.

Was die seit 1928 von Alfred Hugenberg geführte *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) erst im Ringen gegen die Annahme des Young-Planes sowie um den Sturz des Brüning-Kabinetts praktizierte und was mit dem Siegel »Harzburger Front« in die Geschichte einging, wurde in Thüringen bereits in der Mitte der Zwanzigerjahre erprobt. Das Land entwickelte sich neben Bayern zu einer der wichtigsten Regionen für den Nationalsozialismus. Hitler durfte keineswegs ohne Grund hoffen, dass Thüringen, »wie die Dinge liegen, die nationalsozialistische Hochburg Deutschlands« werden könne.⁷⁴

»Schwing dich empor, mein deutscher Aar...«

An der Spitze des Völkisch-Sozialen Blocks und seiner Fraktion im Thüringischen Landtag stand 1924 Artur Dinter, weithin bekannt als Verfasser des 1917 erschienenen, viele Auflagen erfahrenden und oft als sexual-antisemitisch bewerteten Buches »Die Sünde wider das Blut«. Politisch kam er aus dem *Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund* sowie aus der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich 1922 aus dem rechten Rand der Deutschnationalen Volkspartei herausgelöst hatte. Er stand auch der

⁷³ Siehe Justus H. Ulbricht: Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900–1930. In: Nationalsozialismus in Thüringen, a. a. O., S. 49–72.

⁷⁴ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 13.

Nationalsozialistischen Freiheitspartei nahe und damit zwischen den Frontlinien, die sich aufgetan hatten unter süd- und norddeutschen Gruppen, unter den an Erich von Ludendorff bzw. an Adolf Hitler orientierten Kreisen sowie unter Personen, die eher deutschvölkische Akzente setzen wollte als eindeutig nationalsozialistische. Allen verschaffte er – Anfang Juli 1924 von Hitler offiziell als Gauleiter der NSDAP in Thüringen ernannt – mehrfach Gelegenheiten, sich in Thüringen zu Parteitag und ähnlichen Veranstaltungen zu treffen und hier zu agieren.⁷⁵ Manches gelang ihm beim Versuch, konzeptionelle Differenzen auszuräumen. Doch er selbst geriet mit seinen vorwiegend religiös geprägten Vorstellungen bald in Konflikt mit der Münchener Führung und wurde 1928 aus der NSDAP ausgeschlossen. Auch an seiner Person schieden sich bald jene Geister, die um eigener Vorteile willen nach Belieben jeweils als stärker eingeschätzte Führer hofierten, die um Machtpositionen und Karrieren rangen.

Zunächst stand eng an Dinters Seite auch einer, der aus den deutschvölkischen Reihen kam, am 1. Januar 1923 der NSDAP beitrug und rasch zum Gesicht des Faschismus in Thüringen werden sollte: Fritz Sauckel. Für ihn war Dinter ein fördernder Mentor und Vorgesetzter, bald aber auch ein erbitterter Rivale und Gegner. Seine Entwicklung von einem deutschvölkisch orientierten und lediglich in lokalen Bereichen auftretenden Mann hin zum führenden Faschisten in Thüringen, sein weiterer Weg als Leiter des »NSDAP-Trutzgauen Thüringen« und als »Generalkommissar für den Arbeits-einsatz« im Zweiten Weltkrieg (wofür ihn 1946 das Nürnberger Tribunal gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilte) sind in der geschichtswissenschaftlichen Literatur⁷⁶ oft beschrieben worden.⁷⁷

⁷⁵ Siehe dazu Donald R. Tracy, a. a. O.

⁷⁶ Siehe u. a. Steffen Raßloff: Fritz Sauckel. Hitlers »Muster-Gauleiter« und »Sklavhalter«. Erfurt 2007; Manfred Weißbecker: Fritz Sauckel. »Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen.« In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 1996, S. 297–331; ders., Fritz Sauckel: Die frühen Stationen seines Weges zur Macht. In: Funktionsträger in Staat und Parteien im Entscheidungsjahr 1933. Der 30. Januar 1933 im Spiegel deutscher Biographien. Konferenzbeiträge, Teil 1 (Pankower Vorträge, Heft 114), Berlin 2008, S. 29–38; ders., Epilog: Sauckel in Nürnberg. Ein Charakterbild. In: Willy Schilling: Hitlers Trutzgau. Thüringen im Dritten Reich. Beiträge – Bilder – Dokumente, B. II, Jena 2008, S. 161–178.

⁷⁷ Hier seien nur wenige Zitate angeführt, die Sauckels rassistisch-faschistisches Weltbild erhellen. Die Belege enthält der in der vorhergehenden Fußnote genannte Artikel »Epilog«. Unter anderem hieß es am 01.09.1939: »Es geht jetzt um die Vernichtung des britischen Imperiums. Das ist der größte politische Wurf, der je in den letzten Jahrhunderten unternommen worden ist.«; Nach dem Sieg über Polen formulierte er: Es dürfe in der Welt »keine andere Autorität mehr geben [...]. Die deutsche Autorität muss für Jahrtausende Gültigkeit haben.«; Am 31.12.1943 äußerte er: »Wir bekennen uns zur totalen Vernichtung des Judentums in Europa [...] Das müssen wir nun endlich unserem Volke sagen, rückhaltlos und offen. Erbarmen ist falsch.« Als Fazit bleibt nur zu sagen, dass Sauckel mit seinen Auffassungen und Taten das verkörperte, was als Normaltyp eines von ausgeprägt nationalistisch-rassistischen Wirtschafts- und Herrschaftsinteressen geleiteten, alle Grenzen von Humanismus und Völkerrecht missachtenden Faschisten zu bezeichnen ist.

Hier soll im Folgenden eher die Radikalisierung im Übergang von völkischer zu faschistischer Politik dargestellt werden, erkennbar in Texten, Behauptungen und »Argumenten«, gedacht als Orientierung für die notwendige Auseinandersetzung von Antifaschisten mit nationalistisch-rassistischem Gedankengut aller Art. Grundlage dafür bildet der *Deutsche Aar*, eine Zeitung mit dem Motto vom sich emporschwingenden deutschen Adler, 1924/25 herausgegeben von Fritz Sauckel. Bislang ist diese Quelle in der Literatur kaum bzw. nicht analysiert worden. Dieses Blatt darf als sein Sprachrohr gelten und spiegelt sowohl seine Sicht auf das Geschehen in Deutschland als auch seine Bemühungen um eine Karriere innerhalb der sich gegenseitig bekämpfenden völkischen und faschistischen Gruppen.

Der aus dem unterfränkischen Hassfurt stammende Sauckel hatte zunächst in Schweinfurt und im thüringischen Ilmenau eine Abteilung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes aufgebaut. Als Hitler in München putschte, war er am 10. November 1923 mit 22 Mann nach Coburg gezogen – vergeblich, denn sein Trupp wurde von der Polizei entwaffnet und verhaftet. Am 15. November tauchte er wieder in Ilmenau auf und gründete hier eine neue Organisation, die keinerlei Bedeutung erlangte. Ihr Name *Bund Teja* erwuchs aus der Vorstellung, dass es trotz der Niederlage in München und Coburg gelte, nun den »Führern«, vor allem Ludendorff und Hitler die Treue zu halten, ähnlich wie diese einst dem letzten »König der edlen Goten« gehalten worden sei. Offensichtlich hatte er den Kampf-um-Rom-Roman von Felix Dahn gelesen, wohl auch verinnerlicht. Er kannte wohl auch den Zukunftsroman »Der Abgrund. Bilder aus der deutschen Dämmerung«, den Thomas Westerich 1914 unter dem Pseudonym Graf Teja veröffentlicht hatte. Darin war gewarnt worden, es werde sich bis zum Jahr 2106 ein schlimmer Zustand eingestellt haben. Dann aber werde »endlich« ein neuer Herrscher auferstehen. Dieser werde Schluss machen mit dem »Materialismus einer fremdstämmigen Goldherrschaft«, mit dem »beängstigten Zerfall des Deutschtums«, mit »Entartung und Rassenschande, Rassenentartung und Verblödung« sowie mit der Absicht eines slawischen Herrschers, »ganz West-Europa niederzurennen«.78

Für Sauckel stand wahrscheinlich von Anfang an fest, dass etwas getan werden müsse, um nicht den befürchteten Abgrund zu erleben. Es gelte, »unwahre und ehrgeizige Kreaturen« zu meiden und »pfäffische Ränke«

⁷⁸ Siehe dazu Claus Ritter: *Start nach Utopolis. Eine Zukunftsnostalgie*, Berlin (Ost) 1979, S. 289–304.

zu verachten.⁷⁹ Daher folgte der Versuch, in Ilmenau noch eine andere SA-Ersatzorganisation mit dem Namen *Deutscher Wanderverein* zu schaffen. Es gelang ihm auch bald, eine relativ große Ortsgruppe der NSDAP aufzubauen, die 80 Mitglieder umfasst haben soll.⁸⁰ Rechter Zeitgeist bestimmte sein Weltbild. Alle Probleme sah er entstanden aus Kriegsniederlage und Untergang der Monarchie, aus dem Wirken von Parlamentarismus und Demokratie. Zu kämpfen sei gegen »Novemberverbrecher« und die »Judenrepublik«.⁸¹ Nie wollte er über die (allem Rechtsextremismus eigenen) vereinfachenden und fraglos-behauptenden Schemata hinausgehen. Immer war er jedoch bereit, gewaltbereit und heldenhaft dem erwünschtem »nationalen Messias«⁸² zu dienen.

Für Sauckel begann im Frühjahr 1924, gescheitert als Student am Thüringischen Technikum für Maschinenbau und Elektro, der Weg in ein eigenständiges politisches Wirken. Politik geriet ihm zum Lebensinhalt. Dabei stützte er sich auch auf jene alldeutsch-antisemitischen und völkisch-rassistischen Kräfte, die in Thüringen über starke Traditionen und Bastionen verfügten. Er versuchte, sich in das Netzwerk von Deutschtümelei, völkischer Radikalität, christlich-germanischer Religiosität und vehementem Antisemitismus einzuordnen und es für sich zu nutzen. Er, der nach eigenem Bekunden weder Matrose noch Arbeiter hatte sein wollen, strebte nach einer quasi hauptamtlichen Tätigkeit in seinem Umfeld. Früh hatte er sich geistig für die Ideen und die Politik völkisch-rassistischer und nationalsozialistisch geprägter Verbände entschieden, früh seine weltanschaulichen Auffassungen denen angeeignet, die mit Gewalt alle Ergebnisse sowohl des Ersten Weltkrieges als auch der Novemberrevolution revidieren wollten. Nachdem in Deutschland die Zeit revolutionärer Auseinandersetzungen und ebenso die katastrophale Hyperinflation überwunden, nachdem konservative »Herzemonarchisten« als »Vernunftrepublikaner« erneut zu politischer Mächtigkeit gelangt waren, schienen die gewandelten Verhältnisse ihm persönlichen Erfolg zu verheißen. Sich den jeweils dominierenden Führungspersonen andienend, griff er energiegeladen nach allen Chancen. Fintenreich nutzte er jene Möglichkeiten, die ihm und seinesgleichen vor allem das Land Thüringen in Hülle und Fülle bot. Was sich hier auch für die weitere Entwicklung in Deutschland äußerst ver-

⁷⁹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), NSDAP-Gauleitung, Bd.1, Bl. 27f.

⁸⁰ Siehe Donald R. Tracy, a. a. O., S. 51.

⁸¹ Raßloff, a. a. O. S. 19.

⁸² Ebenda, S. 31.

hängnisvoll auswirken sollte, erwies sich von großem Nutzen sowohl für Leute seines Schlages, als auch für die Entfaltung des deutschen Faschismus.

Publizist wider »dunkle Mächte«, für »Hass, Hass und wieder Hass«

Den ersten größeren Schritt auf dem Weg in die Führungskreise der NSDAP ging Sauckel mit einem publizistischen Projekt. Unter seiner Geschäftsführung erschien am 15. März 1924 in Ilmenau die erste Ausgabe des *Deutschen Aar*. Der Untertitel las sich etwas bescheidener und lehnte sich an das verbotene Zentralorgan der NSDAP an: *Thüringerwald-Beobachter*. Zusätzlich trug die Zeitung die Bezeichnung »Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit«. Bewusst wählte er für den Monatsnamen die altdeutsche, schon im 19. Jahrhundert aus der Mode gekommene Bezeichnung »Lenzing«, die nicht mehr von allen Völkischen verwendet wurde. Triumphierend kündete die erste Seite von den Aktivitäten der völkischen Abgeordneten im neuen Landtag, verbunden mit einer Attacke gegen die »Unzulänglichkeiten des Parlaments«. Dieses würde nicht genug unternehmen, um »Hass und Totschlag infolge der marxistischen Hetze« zu bekämpfen. Im Vordergrund stand die Forderung, alle Beamten zu entlassen, die seit dem 9. November 1918 »lediglich auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit« zu Amt und Würden gekommen wären.

Am Ende seines von allerlei Verkündigungen strotzenden Artikels »Aus Nacht zum Licht« formulierte Sauckel in der ersten Ausgabe seines Blattes: »Nun schwinde dich empor, mein [sic!] deutscher Aar und künde, dass deutsches Blut über den Mammon zu künden vermag, der Held über den Händler. Siegreich bricht die Sonne durchs winterliche Gewölk, die düsteren schweren Schwaden über der deutschen Erde sinken. Strahlend verkündet die aufgehende Sonne das Nahen eines neuen Lenzes. Das Hakenkreuz, das Symbol aufgehender Sonne, ist unser Feldzeichen. Alldeutschland ist erwacht! Es lebe das nationale, soziale Groß-Deutschland!«. Salbungsvoll und pathetisch in Ausdruck und Stil zielte jede Formulierung einerseits auf das Verstärken vorhandener Aversionen und andererseits auf eine Verherrlichung des Ringens um imaginäre Ziele.

Viele seiner Artikel richteten sich gegen »dunkle Mächte«. Gemeint waren damit »„in allererster Linie die drei großen internationalen Gebilde des Ultramontanismus, der Weltfreimaurer und der Marxisten«. Alle seien geschworene Feinde deutscher Kultur und Freiheit. An der Spitze des Freimaurertums stünde »das machtgerigste und rücksichtsloseste Volk der Erde, das Judentum«. Zu diesen völlig im Völkischen verhafteten Gedanken passte die theatralische Lobpreisung des Feldherrn Ludendorff. Ohne Hitler zu erwähnen hieß es, Männer wie der General müssten in Deutschland gewählt werden, weil sie »frei sind von den Wahnideen des Weltbürgertums und unabhängig von den dunklen Machtbestrebungen romanischen Geistes«⁸³. Erst sein nächster Artikel, betitelt »Volk und Arbeit im Lichte des völkischen Gedankens«, endete mit einem Heilgruß sowohl für Ludendorff als auch für Hitler, galt in der Hauptsache aber einer relativ allgemein gehaltenen Aussage, dass das deutsche Volk sich nach einem »Führer« sehne. Aus solcher Sehnsucht werde die »große deutsche Volksgemeinschaft geboren«, die indessen nicht ohne die Volksmassen, nicht ohne »die Schichten der arbeitenden werktätigen Bevölkerung« zustande komme.

Sich deutlich an Dinter anlehnend schrieb Sauckel auch zum Thema »Karfreitag. Christen an die Juden«. Seine religiös verkleideten Ausfälle galten dem Judentum und der Bekundung eines fernen Sieges über dieses: Der Karfreitag bedeute eine »Kampfansage gegen die Mächte des Niedersinns, des Eigennutzes, der brutalen Vergewaltigung«. Es sei bestimmt zu glauben, »dass nach dem göttlichen Willen der Weg des arischen Menschen aufwärts geht dem ewigen Licht entgegen, dass der deutsche Geist und mit ihm der deutsche Mensch auferstehen wird zu neuem lichtvollerem Geistesleben, siegreich auferstehen soll wie Christus nach Überwindung allen Leidens«⁸⁴.

Der Artikel »Die Schuld«, erschienen in der 14. Folge, richtete sich gegen jene deutschen Politiker, die dem Friedensvertrag von Versailles zugestimmt hätten und nun auch den die Reparationsfragen betreffenden Dawes-Plan akzeptieren würden. In ähnlicher Weise polemisierte er in der 18. Folge unter dem Titel »Sklaven« gegen die Verräter an den »elementarsten Lebensnotwendigkeiten« des deutschen Volkes. Daher hätte deren

⁸³ Deutscher Aar, 2. Folge vom 22. Lenzing (März) 1924, S. 2.

⁸⁴ Deutscher Aar, 8./9. Folge vom 18. Ostermond (April) 1924, S. 2.

Mehrheit »in leichtfertiger und träumerischer Weise den törichten und wohlfeilen Versprechungen seiner inneren und äußeren Feinde mehr Glauben geschenkt« als den nationalsozialistischen und völkischen Warnungen. Verwirrung und Unwahrhaftigkeit würden im Volk vorherrschen, was »im Prinzip des Parlamentarismus zu liegen scheint«. ⁸⁵

Die 28. Folge vom 28. Juni 1924 nutzte Sauckel für einen persönlichen Appell »An alle Deutschen!«. Dieser liest sich wie eine Zusammenfassung aller nationalistisch-völkischen Erzählungen, neudeutsch: aller rechtsextremen Narrative: »Unwürdig unserem Volk lastet das Schuldbekenntnis feiger Selbstbeichtigung auf uns. Schmachvoll brennt die Scham erbärmlicher Selbstverleugnung. Wie ein entfesseltes Heer von Dämonen quält die Schuldliche die Seele unseres Volkes. Ein grausames Schicksal macht die Ungeborenen, die deutscher Art sein werden, zu Sklaven einer verbastardeten Menschheitsfurie, zwingt die Lebenden zu entehrender Fron, setzt uns immer neue Sklaventreiber und Spione auf den Hals, entehrt uns, raubt uns Stolz und Kraft, stürzt Altäre und Heiligtümer deutschen Volkstums. Darum Männer und Frauen, die ihr Euch noch Deutsche nennt, gleich welcher Richtung, wenn ihr nur ein deutsches Sehnen eures Blutes spürt, seid einmal Deutsch! Vergesst das Kleinliche, Partei und Bund! Lasst einmal Eure Herzen zusammenschlagen, lasst einmal zu gewaltiger Flamme Eure gemeinsame Begeisterung emporlodern, dann Sturmbanner weht und Sturmbanner braust, dann Heil zur deutschen Tat!« ⁸⁶

Den hier zitierten Passagen aus Sauckels Auslassungen kann entnommen werden, wie er sich ungebärdig aller Floskeln und Gemeinplätze bediente, die seit vielen Jahrzehnten im Lager der Völkischen verwendet worden sind (und immer wieder verwendet werden!). Da ist kaum ein eigener Stil erkennbar. In seinen Formulierungen steckte keinerlei Schliff, verbale Entgleisungen tauchten massenhaft auf, ebenso orthografische Fehler. Schwulstige Überhöhungen, hohle Phrasen und begrenzter Wortschatz kennzeichnen seine Äußerungen ebenso wie die häufige Verwendung unerläuterter Schlagwörter. Immer wieder tönten seine Artikel von den Schandtaten, die Juden, Freimaurer, Marxisten und Bolschewiki sowie Mammonisten des In- und Auslands vollbracht haben sollen. Immer wie-

⁸⁵ Deutscher Aar, 18. Folge vom 21. Wonnemond (Mai) 1924, S. 1.

⁸⁶ Deutscher Aar, Thüringerwald-Beobachter. Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit, Folge 28 v. 28. Brachet (Juni) 1924, S. 1.

der applaudierte er »heldenhaften Führern« und beschwor die »Volksgemeinschaft« der arischen Deutschen. Als der Leitspruch für seine Autoren sollte gelten: »Stolz, Wille, Trotz, Hass, Hass und wieder Hass!«⁸⁷

Zudem machte sich auch im Sprachlichen bemerkbar, wie Sauckel zwischen den unterschiedlichen Strömungen des damaligen Rechtsextremismus zu taktieren versuchte, je nach Situation und persönlichem Interesse. Insgesamt überwog noch der Duktus des Völkischen, in das sich jedoch zugleich recht deutliche Sympathiebekundungen für die verbotene NSDAP und für den zur Festungshaft verurteilten Hitler mischten. Er ließ daher in seiner Zeitung viele Autoren unterschiedlicher Positionen zu Wort kommen, bekannte und unbekannte völkische Schreiberlinge. Nur wenige stammten aus Thüringen oder hatten hier ihre politische Heimat gefunden. Dinters Reden erschienen regelmäßig in Berichten aus dem Thüringer Landtag oder in Artikeln anderer Abgeordneter, so von Franz Stöhr und Julius Pölkow. Immer wieder durften sich August Abel, Otto Friedrich Beck, Erich Limpach, Alfred Seeliger und Wilhelm Wedell äußern. Unter dem Pseudonym Roderich-Stoltenheim publizierte Theodor Fritsch, der Verfasser des bekannten und in vielen Auflagen erschienenen Handbuchs zur Judenfrage. In Fortsetzungsserien erschienen »Der Feind im Land. Spiegelbilder aus deutscher Not und Schmach«, verfasst von Adolf Viktor von Körber, »[Gedenke,] ... dass du ein Deutscher bist!« von Otto Eicke und »Der Erlöser-Kaiser. Eine Erzählung von Deutschlands Zukunft und von seiner Wiedergeburt« von Adolf Reinecke.

Insgesamt schrieben in dem einen Jahr des Bestehens des Blattes rund 50 Autoren. Darunter war allerdings kaum einer, der zu der von Alfred Rosenberg im Auftrag Hitlers geleiteten NSDAP-Ersatzorganisation *Großdeutsche Volksgemeinschaft* gehörte. Zwar gab es den Nachdruck von Artikeln aus deren Blatt *Großdeutsche Zeitung*, aber weder Hermann Esser noch Rudolf Buttman und selbst Rosenberg kamen zu Wort. Selbst als später im Jahr der *Deutsche Aar* Kommentare von Rosenberg zu einzelnen Punkten des 1920 verkündeten Parteiprogramms der NSDAP veröffentlichte, fehlte dessen Name.

⁸⁷ *Deutscher Aar*, Folge 29 vom 2. Heumond (Juli) 1924.

Programmatisches und Pragmatisches

Der ab April 1924 zweimal in der Woche erscheinende *Deutsche Aar* bot vor allem jenen völkischen Organisationen aus Nord- und aus Süddeutschland Schützenhilfe, die sich an den für den 4. Mai 1924 angesetzten Neuwahlen des Reichstages beteiligen wollten und sich auf Reichsebene am 30. März für die Bildung des Völkisch-Sozialen Blocks entschlossen. Obgleich es in der NSDAP ebenso wie in der Großdeutschen Volksgemeinschaft erhebliche Auseinandersetzungen um die Frage gab, ob man sich überhaupt an Wahlen beteiligen sollte oder nicht, scheint sich Sauckel eindeutig für den Schritt in die Parlamente entschieden zu haben; nicht in einer der von ihm verfassten Zeilen tauchen Bedenken und Zweifel auf.

Sauckel veröffentlichte im Streit um neue Ziele – ohne die Verfasser zu benennen – ein »Staats- und Wirtschaftsprogramm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei«. Es umfasste 39 Punkte, gegliedert in sieben jeweils »Grundsätze« verkündende Abschnitte. Als Ziel wies es sehr allgemein »Deutschlands Wiedergeburt in deutschem Geist zu deutscher Freiheit« aus. Zahlreiche Formulierungen entstammten dem bekannten 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahre 1920, mitunter deutlich und nicht nur in sprachlicher Hinsicht variierend. So enthielten die einleitenden staatspolitischen Grundsätze nicht die Forderung nach einem »Großdeutschland aller Deutschen«, auch nicht die nach Landerwerb und Kolonien, womit – gleichsam als Paukenschlag – das 1920er-Programm eingeleitet worden war. Man sprach etwas gemäßigter vom Deutschen Reich als der »Heimat der Deutschen« und davon, dass im Ausland die deutschen Interessen »kraftvoll« zu vertreten seien. Indessen klangen die rassistisch-antisemitischen Forderungen recht drastisch und fassten zusammen, was in den Punkten vier und fünf sowie sieben und acht des ursprünglichen Programms fixiert worden war. Stets war nun in engem Zusammenhang von Juden und Nichtdeutschen die Rede, die aus allen öffentlichen Ämtern auszuschneiden wären. Neu war die Formulierung, dass nicht nur alle Zuwanderung von »Ostjuden«, sondern auch die von anderen »parasitären Ausländern« zu unterbinden sei.

Die grundsätzliche Anerkennung des Privateigentums sah sich verknüpft mit dem wirtschaftspolitischen Grundsatz der »Bedarfsdeckung«, was dem Prinzip einer »möglichst hohen Rentabilität für das Leihkapital« gegenübergestellt wurde. Alle Deutschen sollten eine »Werkgemeinschaft zur

Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur« bilden. Wucherer und Schieber seien mit dem Tode zu bestrafen. Im Punkt 13 hieß es: »Riesetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden bekämpft«, was die ursprüngliche Forderung nach deren Verstaatlichung erheblich abmilderte. In den finanz- und sozialpolitischen Grundsätzen dominierten die Parole »Brechung der Zinsknechtschaft« sowie die Erklärung, das Allgemeinwohl sei »das oberste Gesetz«. Gefordert wurden jedoch neben einer Währungsreform auch eine Steuerreform sowie die »Verstaatlichung der Reichsbank AG und der Notenbanken«. Das Wort »Bodenreform«, 1920 im 25-Punkte-Programm der Partei sehr nachdrücklich verwendet, tauchte hier nicht auf.⁸⁸ Gefordert wurde nur eine Reform des Bodenrechts; vielleicht das deutlichste Zeichen nationalsozialistischer Zugeständnisse an die Völkischen. Im Gegensatz zu der recht allgemeinen Formulierung von 1920 nach einer »Gewinnbeteiligung an Großbetrieben« war 1924 als Punkt 13 zu lesen: »Beteiligung aller an produktiven Unternehmungen Beschäftigten je nach Leistung und Alter an den Erträgen des Werkes unter gleichzeitiger Mitverantwortlichkeit für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Werkes.«

Im Teil, der sich den kulturpolitischen Grundsätzen widmete, standen sehr unverbindliche und bei fast allen anderen Parteien anzutreffende auf Wohlklang zielende Sätze; lediglich in Punkt 30 klangen rassistische Momente an, dass »alle schädlichen Einflüsse in Schrifttum und Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel« unterdrückt werden sollten. In den militärpolitischen Punkten ließ sich kein Unterschied zum Parteiprogramm von 1920 erkennen, wohl aber in der Forderung nach einer »Justizreform« und einer »Reform des Wahlrechtes«, durch die die »jetzt korrumpierenden Formen des Wahlkampfes« auszuschalten seien. Ohne konkret zu werden, sollte schließlich auch der Staat reformiert werden. Die künftige Staatsform solle dem »deutschen Wesen« gemäß sein, also eine »oberste Spitze« ausweisen, ob diese »durch einen vom Volk zu wählenden Monarchen besetzt wird oder durch zwei oder drei verantwortliche höchste Reichsbeamte, muss späterer Volksabstimmung überlassen bleiben«.

In den Erläuterungen zu den 39 Punkten des »Staats- und Wirtschaftsprogramm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei« wurde

⁸⁸ Das Fehlen blieb offenbar nicht unbemerkt: In der 41. Folge vom 10. September 1924 fanden die Leser dann eine eigenständige Beilage unter dem Titel »Völkische Bodenreform«.

im *Deutschen Aar* prononciert von drei Gegnern gesprochen: Als erstes wurde der Marxismus genannt, als zweites der Parlamentarismus und »beiden übergeordnet das Großleihkapital«. Hinsichtlich der Differenzen zwischen der NSDAP und den Völkischen hieß es: »Der Nationalsozialismus erblickt wie der Antisemitismus im jüdisch-materialistischen Geist die Haupt-Wurzel des Übels, er weiß aber auch, dass dieser gewaltige Kampf nicht bei rein negativen antisemitischen Forderungen stehen bleiben darf, deshalb erhebt sich das gesamte Staats- und Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus weit über den zwar grundlegenden, aber negativen antisemitischen Kampf, indem er positiv ein schöpferisch aufbauendes Bild davon gibt, wie der nationalsozialistische Staat der Arbeit und Leistung aussehen soll.«⁸⁹

Für das Ankommen der Völkischen im deutschen Faschismus

Wie sehr sich die politischen Verhältnisse im Land Thüringen zugunsten der rechtsten Kräfte im Spektrum politischer Parteien auswirkten, wiesen auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 aus. Nahezu zwei Millionen Wähler entschieden sich für die Liste des Völkisch-Sozialen Blocks. Für ihn zogen 32 Abgeordnete in den Reichstag ein, darunter zehn Nationalsozialisten; als Vertreter der Thüringer galt Franz Stöhr, ein Völkischer, mit dem der Nationalsozialist Dinter zuvor vergeblich um die Aufnahme in die Kandidatenliste gerungen hatte. Mit dem Wahlergebnis konnten die Völkischen und ihre konkurrierenden Partner der NSDAP durchaus zufrieden sein: Für sie hatten in Mecklenburg 20,8 Prozent, in Franken 20,7 Prozent, in Oberbayern-Schwaben 17 Prozent der Wähler votiert. Im Reichsdurchschnitt waren nur 6,5 Prozent erreicht worden.

Die Ergebnisse im Land Thüringen übertrafen diese jedoch. Hier hatten sich 84 893 Wähler (10,5 %), in den preußischen Gebieten Thüringens 8,4 Prozent für den vsb entschieden. Entsprechend groß geriet der Jubel in Sauckels Zeitung, die sich in den nächsten Folgen regelrecht als ein Verlautbarungsorgan der vsb-Fraktionen in Reichs- und Landtag erwies. Zudem häuften sich Beiträge zum internationalen Geschehen, wobei vor allem die französische Politik attackiert wurde. Berichte über Aktivitäten der völk-

⁸⁹ *Deutscher Aar*, Folge 5 vom 5. Ostermond (April) 1924, S. 1f.

schen Gruppen vor Ort spielten eine untergeordnete Rolle. Von Freude und mit Genugtuung erfüllte Kommentare galten der Entstehung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, die für Thüringen als Vereinigung von NSDAP und Deutschvölkischer Freiheitspartei innerhalb der Landtagsfraktion dargestellt wurde.⁹⁰ Das Gesicht des Blattes zeigte in dieser Zeit ein völlig anderes, als es jene Selbstdarstellung angekündigt hatte: Nach der Wahl, so war vorausgesagt worden, habe der *Deutsche Aar* eine seiner Aufgaben erfüllt und solle nunmehr das »Bindeglied zwischen den Führern und Anhängern der Völkischen Bewegung in hiesiger Gegend sein«⁹¹.

Sauckel sah sich direkt in den Streit eingebunden, der 1924 mit großer Heftigkeit zwischen den Nachfolgeorganisationen der verbotenen NSDAP und den völkischen Gruppen um die Deutschvölkische Freiheitspartei entbrannt war und sich auch nach der Reichstagswahl vom 4. Mai fortsetzte. Er taktierte nicht ungeschickt, gab stets seine pro-nationalsozialistische Haltung zu erkennen, bot aber in seiner Zeitung oftmals den anderen außerordentlich breiten, ja sogar größeren Raum. Darüber täuschte auch nicht hinweg, dass jede Gelegenheit genutzt wurde, um Hitler ins Spiel zu bringen. So entbot das Blatt diesem zum Geburtstag einen »tausendfältigen Heilgruß«, schwor aber zugleich Treue auch für Ludendorff. Ähnlich klang ein Wahlauf Ruf, der sich zwar hauptsächlich gegen den Parlamentarismus und das Parteienwesen der Weimarer Republik richtete, den »Talmi der Parteien von rechts bis links« verurteilte und nachdrücklich forderte: »Weg mit den Parteien«, aber ansonsten die »deutsche Treue« personifizierte: Hoch leben sollten Adolf Hitler, General Ludendorff und ebenso Albrecht von Graefe, der die Deutschvölkische Freiheitspartei repräsentierte. Rechtfertigend hieß es: »Nicht, weil wir die Personen verherrlichen, nicht damit der Personenkult neue Blüten treibt. Nein, sondern deshalb, weil sie als deutsche Männer, rein, untadelhaft und von grenzenloser Liebe beseelt zum deutschen Volk, Hass, Verleumdung und Verfolgung auf sich genommen haben.«⁹²

Die Gemeinsamkeit der Völkischen hielt indessen nicht lange vor. Sauckel wagte einen Vorstoß zu Gunsten der NSDAP, als er am 2. Juli 1924 zusammen mit Willy Marschler – auch er gehörte zur Ortsgruppe der Partei in Ilmenau – in großer Aufmachung bekannt gab, dass der Untertitel des

⁹⁰ *Deutscher Aar*, Folge 18 vom 21. Wonnemond (Mai) 1924.

⁹¹ *Deutscher Aar*, Folge 14 vom 7. Wonnemond (Mai) 1924, S. 1.

⁹² *Deutscher Aar*, Folge 8/9 vom 18. Ostermond (April) 1924.

Blattes künftig »Kampfblatt der Nationalsozialisten Deutschlands« lauten werde. Der *Deutsche Aar* verstehe sich »als Organ der Anhängerschaft Adolf Hitlers« und sei von nun an über das gesamte Reichsgebiet verbreitet. In aller Stille und unter schwierigsten Verhältnissen, so hieß es in der folgenden Ausgabe, habe die Zeitung im Thüringer Wald seinen Horst gebaut: »Heute endlich ist es ihm möglich, als Kampfblatt der Nationalsozialisten seinen Flug ins weite deutsche Reich anzuheben.« Noch einmal wurde versichert, man vertrete »auf das strengste die Politik Adolf Hitlers«⁹³ Eifrig erläuterte das Blatt in Appellen, Aufrufen und Artikeln, was es heißen würde, ein Nationalsozialist zu sein. Dieser habe »mit fanatischer Liebe und unermüdlichem Eifer nur dieses eine Ziel im Auge zu haben, hinweg mit dem Klassenhass! Hinweg mit dem volkstötenden Ausbeutungssystem der Trusts und Wucherbörsen!«. Notwendig sei der Zusammenschluss zur »deutschen Volksgemeinschaft«.⁹⁴

Großspurig hatten Sauckel und Marschler auch angekündigt, jede Folge des *Deutschen Aar* würde im Kopf das Bild Hitlers zeigen. Darauf warteten die Leser jedoch vergeblich. Stattdessen gab es relativ kleinformatige Annoncen »Heraus mit Hitler!«. Doch als Hitler am 7. Juli 1924 bekannt gab, er lege die Führung der NSDAP nieder, geriet Sauckel in Erklärungsnot. Den Rücktritt als geschickten Schachzug zu erkennen, mit dem Hitler sich aus dem Streit der einander befehrenden Gruppen heraushielt und die Rolle eines über den Kombattanten stehenden »Schiedsrichters« vortäuschte, war Sauckel nicht möglich. Der Führer habe sich »zur großen Andacht begeben«, hieß es daher recht lakonisch.⁹⁵ Erst nach mehreren Wochen setzte er im Zusammenhang mit dem Deutschen Tag der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in Weimar, der vom 15. bis 17. August 1924 stattfand, ein Bild von Hitler auf die erste Seite. Jedoch: Neben dem des »Führers« prangte auch das des »Schutzherren« Ludendorff. Die Zeitung wolle »unseren guten Führern ein Sprachrohr« sein, was mit der abschließenden Beschwörung einherging: »Seid einig! Einig! Einig!«

In derselben Ausgabe füllte Sauckel die achte Seite erneut mit einer weiteren Erklärung zu den Zielen seines Blattes, und war dabei auf die Wahrung gemeinsamer Positionen von Nationalsozialisten und Völkischen bedacht: Es gelte, »dem deutschen Volke die Grundlagen des nationalen Sozialismus

⁹³ *Deutscher Aar*, Folge 30 vom 5. Heumond (Juli) 1924.

⁹⁴ *Deutscher Aar*, Folge 31 vom 9. Heumond (Juli), S. 4.

⁹⁵ *Deutscher Aar*, Folge 32 vom 12. Heumond (Juli), S. 1.

zu übermitteln, ihm die erhabenen [sic!] Ziele der völkischen Bewegung zu zeigen, deutscher Sitte und deutschem Wesen wieder Geltung zu verschaffen«. Und wieder einmal hieß es: »Sein Kampf gilt vor allem dem schwarz-rot-goldenen Marxismus, dem Materialismus, die sich wie ein ekles Gewürm in unser Volk eingeschlichen haben. Sein Kampf gilt dem jüdischen internationalen Freimaurertum und all den finsternen Mächten, die unser Volksleben vergiften.«⁹⁶ Dass es am 20. Juli ein Treffen von etwa 80 Nationalsozialisten in Weimar gegeben hatte und dort, initiiert von Rosenberg, gegen eine Fusion von NSDAP und DVFP entschieden worden war, ist Sauckel keine Mitteilung wert gewesen; möglicherweise war er als Ilmenauer Bezirksleiter bzw. als Verfechter der Idee eines Zusammenschlusses der beiden Parteien zu dieser Zusammenkunft nicht eingeladen worden.

Auch in den folgenden Ausgaben des *Deutschen Aar* dominierte das Streben nach einem politischen Zusammenwirken von Völkischen und Nationalsozialisten. Berichtet wurde regelmäßig in der Rubrik »Aus dem politischen Hexenkessel« über innen- und außenpolitische Aktionen sowie über die Schandtaten der »Schwarzen« und der Deutschnationalen. Nachrichten aus Thüringen rückten eher in den Hintergrund. Öfter erschienen solche über Aktivitäten völkischer Verbände in Franken und anderen Teilen Bayerns. Es überwogen Selbstbeweihräucherung und deftige antiparlamentarische Parteienschelte: »Wir vertreten nicht wie der Hauptteil der Deutschnationalen den Großgrundbesitz, nicht wie die Volkspartei, Demokraten und Zentrum das Industrie- und Leihkapital, oder den päpstlichen Glaubenskapitalismus und geistliche Weltherrschaft; wir sind nicht wie die Marxisten getreue Schattenbilder der herrschenden Form, sondern wir Völkischen haben uns auf die deutsche Seele besonnen [...].«⁹⁷ In mehreren Ausgaben wurden einzelne Punkte des Parteiprogramms in der Fassung von 1924 ausführlich kommentiert. Die Texte waren einer Broschüre Alfred Rosenbergs entnommen, jedoch wieder, ohne den Verfasser beim Namen zu nennen.⁹⁸

Sowohl die Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 als auch das für die Nationalsozialistische Freiheitspartei niederschmetternde Ergebnis spielten im *Deutschen Aar* kaum eine Rolle, wohl aber für den

⁹⁶ *Deutscher Aar*, Folge 37/38 vom 5. August 1924, S. 1.

⁹⁷ *Deutscher Aar*, 42. Folge vom 13. September 1924, S. 1f.

⁹⁸ Siehe Alfred Rosenberg: *Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP*, München 1922.

Herausgeber. Offensichtlich scheiterte der Versuch, einen eigenen Sauckel-Verlag ins Leben zu rufen; nur ein einziges Mal tauchte dieser als Herausgeber auf. Finanzielle Schwierigkeiten veranlassten schließlich den stillschweigenden Übergang zu einer einzigen Ausgabe in der Woche, nachdem noch am 5. Oktober vollmundig angekündigt worden war, in Kürze könne der *Deutsche Aar* zu einer Tageszeitung umgestaltet werden. Im November erschien drei Wochen lang sogar keine Ausgabe, was sich zwischen Weihnachten 1924 und Mitte Januar 1925 wiederholte. Auch die Verwendung eigener, vielleicht sogar familiärer Ersparnisse konnte das Blatt nicht retten.⁹⁹ Unklar bleibt ohnehin, wie dieses Unternehmen finanziert worden ist, aber auch, wovon Sauckel damals überhaupt seinen Lebensunterhalt bestritt. Doch neben fehlenden Geldern machte es dem Herausgeber im Herbst 1924 sicher auch die mehrfach geforderte und angekündigte Freilassung Hitlers schwer, weiterhin so vorrangig auf das Thema »Gemeinsamkeit« zwischen Völkischen und Nationalsozialisten zu setzen. Seine Zeitung erschien zwar am 6. November als besonderes Blatt zur Reichstagswahl, benannte aber weder Kandidaten noch Vorgaben für das Wahlverhalten der Leser. Stattdessen wurde ausführlich der »Toten vom 9. November 1923« gedacht und die »Sendung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitlers« herausgestellt.

Nach der Wahl klang es wie das bekannte Pfeifen ängstlicher Wanderer im dunklen Wald, als Sauckel den anmaßend-prahlerischen Satz formulierte: »Deutschland hat den Weg der Zukunft bereits festen Fußes beschritten.«¹⁰⁰ Das musste nicht unbedingt als Bekenntnis zu einem eigenständigen Vorgehen der NSDAP verstanden werden, denn er sprach sich erneut – vermutlich in Unkenntnis des von Hitler geplanten weiteren Vorgehens – für den bisherigen Weg aus. Das war deutlich, wenngleich er eine für ihn neue Vokabel verwendete: In Hitler sei zwar der »berufene Führer der deutschen Bewegung überhaupt« zu sehen. Jedoch sei es aber auch notwendig, »den ehrlichen vaterländischen Gedanken, wo und in welcher Form er nur immer auftreten wird, zu fördern«. Es gehe um den Gegensatz von »national und international«, um Marxismus oder Anti-Marxismus. Aus diesem Grunde lehne er »jeglichen Meinungsstreit innerhalb der vaterländischen Front ab«. ¹⁰¹ Ende Januar 1925 ließ er einen groß aufgemachten Appell drucken, Ludendorff die Treue zu halten, da

⁹⁹ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 105.

¹⁰⁰ *Deutscher Aar*, 60. Folge vom 12. Dezember 1924, S. 2.

¹⁰¹ *Deutscher Aar*, 1. Folge vom 14. Januar 1925, S. 1. Hervorhebung durch den Verfasser.

ihm zu verdanken sei, dass es »überhaupt noch eine völkische Bewegung gibt«.102

Die letzten Folgen des Sauckel'schen Blattes erschienen am 21. und 27. Februar sowie am 15. März 1925, nachdem mit der am 16. Februar in Bayern erfolgten Aufhebung des Ausnahmezustandes auch das Verbot der NSDAP und ihres zentralen Kampfblattes zu den Akten gelegt worden war. Ihr Motto: »Hitler treu ergeben«. Ihr Inhalt beschränkte sich auf Berichte über die »Neuaufstellung« der Partei aus dem am 26. Februar erstmals wieder erschienenen *Völkischen Beobachter*. Der letzten Ausgabe des *Deutschen Aar* verlieh Sauckel noch einmal einen neuen, relativ allgemein und auch etwas ungewöhnlich klingenden Untertitel »Nationalsozialistisches Kampfblatt für deutschen Idealismus und deutsche Weltanschauung«. Das Bemühen, seine Zeitung zu retten, war unverkennbar zwiespältig. Einerseits empfahl er seinen Lesern, nunmehr auch den wiedererscheinenden *Völkischen Beobachter* zu lesen, zugleich forderte er aber – den ersten Jahrestag des Erscheinens seiner Zeitung bejubelnd – dazu auf, dass die »kleine nationalsozialistische Provinzpresse« erhalten bleiben und gefördert werden müsse.103

Nichts deutete in der letzten Ausgabe auf rasch eintretende Veränderungen hin. Offensichtlich wurde Sauckel von den Ereignissen überrollt, als in München Hitler am 25. Februar 1925 die NSDAP wiedergründete und am Tag darauf der *Völkische Beobachter* erneut erschien. Das Ende seines Blattes und damit auch seiner publizistischen Tätigkeit stand bevor. Am 21. März erschien in Weimar *Der Nationalsozialist*, angekündigt als Ersatzblatt für *Der Streiter* – der bislang in Weimar erschienen war – sowie für den *Deutschen Aar*. Als dessen Herausgeber fungierte Arthur Dinter, als Hauptschriftleiter Hans Severus Ziegler. Von Sauckel war keine Rede. Ilmenau fand sich nicht einmal in der Liste jener Städte, in denen es Zweiggeschäftsstellen für *Der Nationalsozialist* gab.104 Sein Weg zum Geschäftsführer des thüringischen NSDAP-Gaues und zu seiner Ernennung als Gauleiter war noch weit, doch dieser beruhte nun ausschließlich auf Denkstrukturen und Handlungsorientierungen des deutschen Faschismus.

¹⁰² *Deutscher Aar*, 4. Folge vom 31. Januar 1925, S. 1–2.

¹⁰³ *Deutscher Aar*, 9. Folge vom 15. Lenzing (März) 1925, S. 1.

¹⁰⁴ Genannt wurden Breslau, Elberfeld, Leipzig, Mittweida und Plauen.

Überlegungen für ein Fazit

»Wir sind doch keine Nazis« – ein Satz, oft zu hören in aktuellen Auseinandersetzungen mit denen, die sich selbst als »besorgte Bürger« verstehen und im Kern aber jene hasserfüllten Argumente verbreiten, die es in der nahezu zwei Jahrhunderte umfassenden Geschichte völkischer Ideologen und Bewegungen bereits gegeben hat. Mit dem Blick in die Vergangenheit lässt sich nicht bezweifeln, dass deutschvölkisch-rassistisch orientierte Denk- und Verhaltensstrukturen sowohl zu den Fundgruben als auch zu den grundlegenden Bestandteilen der sich selbst als »nationalsozialistisch« bezeichnenden Ideologie gehörten. Die Deutschvölkischen gehörten zu den Wegbereitern hitlerfaschistischer Diktatur und verheerender Kriege. Wer sich näher anschaut, was vor 1933, ja schon vor 1914 von den Völkischen gedacht und gefordert worden ist, dem erschließt sich nahezu zwangsläufig deren Charakterisierung als Geburtshelfer, Nährmutter und Verfechter faschistischen Ungeistes und faschistischer Politik.

Völkisches Denken und Verhalten war, ist und bleibt nationalistisch, rassistisch, antidemokratisch, antiparlamentarisch, friedensfeindlich. Es entwickelte sich in der Weimarer Republik – getrieben auch von zunehmendem Hass auf Andersdenkende, Andersgläubige und anders leben wollende Menschen – hin zum radikaleren, gewaltbereiten und schließlich mörderischen deutschen Faschismus. Dieser Wandel vollzog sich damals in Thüringen zwar nicht zwangsläufig, doch boten völkische Auffassungen dafür eine ihrem Wesen entsprechende Grundlage. Dies zeigte sich auch in den damals weithin üblichen Worten und Begriffen sowie im Ausdrucksstil. Alles äußerte sich in einer Sprache, die kaum Raum für rationale Momente ließ. Wortwahl und Darstellungsweise mögen bei den Rechtsextremen heutiger Zeiten eine andere sein, doch nach wie vor dominieren die Inhalte.

An solche Erscheinungen muss heute wieder erinnert werden, gleichsam in Verwendung einer historischen Messlatte für jegliches wissenschaftliche Urteil über Nationalisten, Rassisten und Faschisten und deren Platz in den wechselnden Zeiten deutscher Geschichte. Sicher verbieten sich direkte Vergleiche mit heutigen Ideologen und Politikern am (leider ausufernden, mehr und mehr auch aus der sogenannten Mitte kommenden) rechten Rand der Gesellschaft. Doch das Fragen nach deren Ahnherren und nach ihrem heute erneut angenommenen Erbe ist leider allzu berechtigt. Wer Nationalismus und Rassismus rechtfertigt, der unterschätzt letztlich selbst

die existenziellen Gefahren für Demokratie und Recht, für Frieden und menschliche Existenz auf der Erde. Zuzustimmen ist dem Literaturhistoriker Günter Hartung: »Aber da es [das Völkische, m. w.] einmal in der Welt war, sollten die Nachgeborenen nicht die kleinste der Quellen missachten, aus denen solche Phänomene [wie der Nationalsozialismus, m. w.] sich speisen. Denn auch die unsinnigste und unmoralischste Ideologie kann zur Weltgefahr werden, wenn sie Machtmittel in die Hand bekommt.«¹⁰⁵

Geschichte wiederholt sich nicht, allenfalls variiert sie. Parallelen lassen sich jedoch nicht übersehen. Daher sind Vergleiche sinnvoll, welche oberflächliches Zusammenführen vermeiden, hingegen den Grundlagen und Strukturen jeder auf kapitalistischen Grundlagen beruhenden Gesellschaft gelten. Historische Faschismusforschung – gestützt auf Quellen – kann und sollte dazu beitragen.

¹⁰⁵ Günter Hartung: Völkische Ideologie. In: Handbuch zur Völkischen Bewegung 1871–1918. Hrsg. von Uwe Puschner u. a., 1996.